

Haushaltsrede 2017 der Löhner-Bürger-Allianz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister; liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Löhner Bürger, Zuhörer und Vertreter der Presse!

1 Überregionale Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen haben sich seit dem Frühjahr 2016 nicht grundlegend verändert. (Ich habe dies seinerzeit ausführlicher expliziert, deshalb hier nur kurz:

Nach wie vor wird die **Strategie von Bund und Land fortgeschrieben, die Kosten der eigenen Politik nach „unter“ abzuschieben** – gerade auch im Zusammenhang mit den gewaltigen Kosten der Merkel'schen Asylpolitik, die sich auf allen politischen Ebenen niederschlagen und auch im städtischen Haushalt sich in den unterschiedlichsten Positionen verbergen.

Entgegen anderen Versprechungen werden die Kosten weder vollständig, noch zeitnah, noch gerecht erstattet.

2 Finanzlage und Stärkungspakt – Genese und Hintergründe

Anlässlich einer der letzten Haushaltsberatungen wusste Radio Herford seinen geneigten Hörer zu berichten, dass Löhne ab 2018 „schuldenfrei“ sein würde. -
Wenn's doch so wäre.

Offenbar wurde der Begriff des „**ausgeglichenen Haushaltes**“ mit „**Schuldenfreiheit**“ verwechselt.

*Aber damit ist ja wohl bald Schluss. Wie N-tv am 16.12.'16 berichtete, will die Koalition handeln: **SPD-Fraktionschef Oppermann kündigt ein Gesetz an, um solche "Fake News" besser bekämpfen zu können.***

- **Fakt ist:** Stadt und WBL haben bisher eine Gesamtverschuldung von 103 Mio. € angesammelt.
- **Fakt ist: Auch in 2017 wird – einer alten Tradition folgend – wieder mehr Geld ausgegeben als hineinkommt – nämlich die stolze Summe von 1,6 Mio. €**
- **Wunsch** der Kämmerin und des Bürgermeister ist: **Ab 2018 soll die Stadt - erstmalig - nicht mehr Geld ausgeben, als sie einnimmt. [Später werde ich darlegen, was diesen Wunsch so wackelig macht.]**

Heißt, man hat „**gute Vorsätze**“, die Stadt will sich dann - ganz im Gegensatz zur den vergangene Jahrzehnten – plötzlich (beinahe) wie ein verantwortungsvoller Bürger verhalten,

der vor einer Geldausgabe, erst einmal ins Portemonnaie schaut, um zu prüfen, was denn überhaupt zur Verfügung steht.

Der Vergleich mit dem „verantwortungsvollen Bürger“ passt allerdings – zu Ungunsten –

der Stadt nicht so ganz – denn im Geldbeutel ist nach wie vor nichts drin, es klafft nur ein 103 Mio.-großes Schuldenloch.

Von einer Reduzierung des grandiosen Schuldenberges ist in den städtischen Planungen auch gar nicht erst die Rede. –

Und von einem **eigenverantwortlichen Kurswechsel in der städtischen Finanzpolitik kann in Grunde auch nicht die Rede** sein:

Der Kurswechsel – wenn er denn tatsächlich über die Planungsfrist hinaus dauerhafter sein sollte – gründet im Konzept des NRW-Stärkungspaktes, der die Kommunen mit „Zuckerbrot + Peitsche“ auf den Weg der pekuniären Tugend zwingen will.

Als das Angebot des Stärkungspaktes erfolgte, war die **LBA als erste politische Gruppierung sofort dafür.**

Warum? Die aktuellen Verantwortungsträger, d.h. die **Koalition aus SPD und Grünen** hat jahrelang unter Beweis gestellt, dass sie „das Wasser nicht halten kann“, dass für beide Parteien Sparsamkeit ein Fremdwort ist.

Das gilt ins Sonderheit für die Grünen, die zwar jede Menge, z.T. sehr abstruse Phantasien entwickeln, wie man noch mehr Geld „auf den Kopp hauen“ könnte, hingegen fehlt ihnen zu konkreten Sparvorschlägen die nötige politische Reife, der finanzpolitische Durchblick und die Fähigkeit zu wirtschaftlichem Denken.

Deshalb befürwortete die **Bürger-Allianz** in Übereinstimmung mit dem seinerzeitigen Kämmerer, dem heutigen Bürgermeister, die Anwendung des Stärkungspaktes mit seinem Zwang zu sparen = „Zuckerbrot + Peitsche“ = **geschenkte Finanzmittel + in Verbindung mit Disziplinierungszwang:**

Er war vor dem immer deutlich erkennbar, dass die **SPD/Grüne als die Hauptverantwortlichen** für die z.Zt. 103 Mio. Gesamtschulden ohne den äußeren Zwang nicht zu einem Stopp der Verschuldungswave in der Lage wären.

In ähnlicher Weise waren „Honeckers Erben“, Adler u. seine Post-SED selbstverständlich von vornherein strikt gegen den Stärkungspakt.

Der **Linkspartei** gelten Sparsamkeit und Ausgabendisziplin schlichtweg als „Hexenwerk“. Und es vergeht kaum eine Rats- oder Ausschusssitzung bei der nicht nach neuen und höheren Ausgaben oder neuen städtische Personaleinstellungen gerufen wird (in Ermangelung eigener Argumentationsfiguren häufig garniert mit Adlers langatmigen Vorlesungen aus der überregionalen Tagespresse)

Seinerzeit, bei der Entscheidung für den Stärkungspakt – so die klar formulierten edlen Absichten - sollten die Maßnahmen im Rahmen des HSP sich dadurch auszeichnen, **dass 50 % der fehlenden Summe durch Einsparungen der Verwaltung und die anderen 50 % durch Belastungen der Bürgerinnen und Bürger erzielt** werden, so versprach es der damaligen Kämmerer, der heutige Bürgermeister, zu Beginn der Gebührenerhöhungswelle.

„**50 Prozent sparen / 50 Prozent Steuer- und Gebührenerhöhung**“ das Modell sollte den Umschwung bringen.

Dies Projekt wurde **scheibchenweise beerdigt, weil Rot-Grün sich quer legte**. Anstelle der Sparanstrengungen wurde, wie gewohnt, wieder dem Steuerzahler – und noch tiefer in die Tasche gepackt. -

Unsere Kritik an der gegenwärtigen Haushaltspolitik ist und war aber keine Kritik am Kämmerer bzw. der Kämmerin oder der Verwaltung.

Wir wissen: Nicht der Kämmerer „macht“ den Haushalt im eigentlichen Sinne:

- Er/Sie darf nur **rot-grüne, politische Vorgaben** umsetzen.
- Und **die** maßgebliche Rahmenbedingung ist eben: **Rot-Grün hat keinen ernsthaften Willen nachhaltig zu sparen – schon gar nicht da, wo es weh tun könnte!**
- Faktisch ist und bleibt die finanzpolitische Strategie: In Ermangelung des Sparwillens werden **den Bürgern immer mehr Steuern und Abgaben abgepresst, und dies wird euphemistisch als „Sparsamkeit“ verkauft.**
- Aus durchsichtigen Gründen geschieht die Maximierung **seit Jahren häppchenweise, zum Teil mit abenteuerlichen Begründungen oder durch mit „Nebelkerzen“ getarnten Unwahrheiten**
- **siehe versprochene Rückerstattung der Winterdienstabgabe = Schneepflugsteuer:** Entgegen allen Versprechungen wurde im Rahmen eines neuerlichen **Wortbruches** der politisch Verantwortlichen die 10 % Winterdienstabgabe **trotz objektiver Nichtinanspruchnahme nicht wieder zurückgeführt** – sondern verweigert
{**Begründung war 2011**, als Grundsteuer B angehoben wurde: der Winterdienst kostet 273.000 €, [NW 8.9.'11]}
- Beschönigend wird, da man bei den Bürgern ein schlechtes Gedächtnis vermutet, von **„moderaten Steuererhöhungen“** gesprochen und zur Kaschierung auf Kommunen verwiesen, wo es noch schlimmer ist. („Schlimmer geht immer!“)
- Dauerhaft ist der **Normalbürger ist das Stiefkind der Löhner Politik:** Mieter, Eigentümer von Wohneigentum, kleine Gewerbetreibende sind regelmäßig Opfer der endlosen Steuer- und Abgabenschraube und können (z.B. im Gegensatz zu Maxi-Konzernen – wie beispielsweise Hermes) nicht entkommen, müssen aber die materiellen Folgen (Bau der neuen Infrastruktur; Reparatur der Straßen-Schädigungen durch Hermes) mittragen.

3 Untersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA), die uns im Nov.'16 vorgelegt wurde

- zentraler Satz: **„Ertragslage der Stadt Löhne war im interkommunalen Vergleich in allen Jahren ungünstiger als bei den Vergleichskommunen.“** [5]
- Forderung: **„freiwilligen Aufgaben kritisch auf den Prüfstand stellen“**
benannt werden ausdrücklich: **„Musikschule, Volkshochschule und Büchereien“** [5]
= „Viertel des negativen strukturellen Ergebnisses“ = „1,2 Mio. € jährlich“ [5]
- **„Der einwohnerbezogene Fehlbetrag in der Tagesbetreuung für Kinder ist in Löhnen überdurchschnittlich.“** [7]
„Die Stadt Löhne zählt zu dem Viertel der Kommunen mit dem höchsten Zuschuss je Betreuungsplatz.“ Anm.: vielfach moniert – Blockadehaltung von Rot-Rot-Grün

- „**Anzahl der Dezernate** (ist) zu reduzieren“! [8]
- personaler Überhang beim **Einwohnermeldewesen** [8]
- Aber: „Das kommunale Angebot an **Spiel- und Bolzplätzen ist erkennbar niedriger** als beim Durchschnitt der Vergleichskommunen.“ Trotzdem ausgeprägte Eindampfungspläne, die problematisch sind. [9]
- „**Leistungen der WBL** regelmäßig mit denen des freien Marktes“ vergleichen [9]
- **Extensive Bewilligungspraxis bei der Jugendhilfe** – kostenschwerer als in Nachbarstädten
- markante **Gewerbesteueraußenstände** – fahrlässiger Verzicht auf Eintragung in Schuldnerverzeichnis
- Genau wie Anfang des Jahres:
- **Eigenkapitalveränderungen** seit 2008-14 durchgängig negativ:
- **Kita-Plätze** sind im Städtevergleich [300 € pro Kind] in Löhne **überproportional** teuer

nicht expressis verbis von GPA hervorgehoben:

- **Fehlende Konzessionsgelder** Strom / Gas > stattdessen Geld in Netzgesellschaften verbunkert
- **Umbau Gymnasium** wäre ohne die umstrittene teure Containervariante um 6stelligen Bereich günstiger geworden
- **Hermes Kosten:** Erschließung / Anbindung / Straßenzerstörung / Lärmbeeinträchtigung
- **Rückgriffquote von ausgelegten väterlichen Unterhaltszahlungen** in Löhne **grottenschlecht** (= schlecht organisiert oder ohne Engagement) – nur 18 % wurden zurückgeholt.
zum Vergleich: Bünde: 41,1, % / Bad Oeynhausen: 52,1 % [WB 22.11.'16]

4 Das „grüne Gewissen“ der aktuellen Rathauskoalition

„Wir werden **keine Koalition** eingehen“ So die klare Botschaft der grünen Fraktionsvorsitzenden Silke Glander-W. noch am Wahlabend. [LZ 27.5.'14]
Weg zur Hölle ist bekanntlich mit guten Vorsätzen gepflastert. **Kurswechsel** schon nach 6 Monaten: Ein halbes Jahr später, anlässlich der Haushaltsberatungen, ließ sich schon deutlich erkennen, wie die grüne **Realität der Prinzipientreue** und **parteipolitischen Neutralität** tatsächlich aussieht.

„**Morgengabe**“ für das neue rot-grüne Rathausbündnis:

kompletter Verzicht der Grünen seit der Ratssitzung 17.12.'14 auf **jede Kritik am Hermes-Logistik-Zentrum** / stattdessen für den SPD-Haushalt und die Hermes-Ansiedlungsmaßnahmen

Sämtliche **Infrastrukturmaßnahmen**, die den Bau des Hermes-Logistik-Zentrums im Mahnener Feld überhaupt erst möglich machen, wurden durchgewinkt.

Selbst die immer weiter **ansteigenden Kosten** für die diesbezüglichen Zuwegungen, noch kurz vor der Kommunalwahl von den Grünen heftigst kritisiert, wurden jetzt „tapfer“ mitgetragen.

Gipfelpunkt: Die neue grüne **Begeisterung für Hermes-Logistikzentrum** gipfelte schließlich im Ausruf des Ratsmitgliedes Dieter Glander: „**Schön, dass Hermes jetzt im Gewerbegebiet >Am Hellweg< seinen Betrieb aufgenommen hat!**“ (PlanungA 22.9.2016)

Doch man hätte schon frühzeitig gewarnt sein müssen: Als Müllentsorger Kottmeyer seine Privatvilla **rechtswidrig ins Naturschutzgebiet** Blutwiese gesetzt hatte und schließlich sein Gebäude verschieben musste, stellte er anschließend den Antrag, ersatzweise einen erheblichen **Teil des Naturschutzgebietes am Blutwiesensee zu einen Stellplatz für seine Müll-LKW** machen zu können.

Bei den Grünen kam **sofort „grünes Licht“** und ihr vormaliger öffentlichkeitswirksame Einsatz für das Naturschutzgebiet Blutwiese (unter dem Stichwort: Kampf gegen die Nordumgehung!) war vergessen. [28.4.'10]

Selbst der Antrag, ungenutzte **städtische Gewerbeflächen** durch **Wildblumeneinsaaten** biologisch aufzuwerten, wurde von den sogenannten Grünen kommentarlos abgelehnt. (PlanA 22.9.2016)

Gipfel der grünen **Umwelt-Heuchelei** war aber schließlich der Umgang mit dem **Baumschutz** in Löhne:

Ursprünglich legte sich die grüne Fraktionsvorsitzende Glander-W. mit markigen Worten für einen **totalen Baumschutz und ein striktes Baumfällverbot** ins Zeug.

Noch in der vorletzten Haushaltsberatung formulierten die Grünen sogar einen **eigenen Antrag, der einen wirkungsvollen Baumschutz** beinhaltet. Und als dann auf dem Friedhof der Kirchengemeinde Mennighüffen satzungswidrig einige Bäume umgehauen wurden, war die Dame Glander-Wehmeier eine der Ersten, die sich darüber lauthals mokierten: "Ich bin schockiert über dieses Vorgehen." [NW 27.2.'16]

Schließlich musste in Mgh. der kirchliche Baumfrevler mit einer **großen Aufforstungsaktion** gesühnt und kompensiert werden.

Bei einer nachfolgenden Planungsausschusssitzung wurde die **Doppelzüngigkeit** des „grünen“ Baumschutzes von CDU deutlich vorgeführt.

Es kam heraus, dass die Grünen privat genau das Gegenteil von dem tun, was sie offiziell fordern:

Denn nach dem Umzug der **Geschäftsstelle der grünen Ratsfraktion in das Gebäude Schierholzstr. 96** hatte Frau Glander-W.s Eheherr, das grüne Ratsmitglied Dieter Glander, selbst **Hand an Axt oder Kettensäge** angelegt und nach erfolgter Tat dann noch großspurig zum Besten gegeben, dass **die Grünen** aus diesem schönen Anlass **im Garten der Geschäftsstelle** erst einmal **komplett „Tabula Rasa“ gemacht hätten und rund 13 hochstämmige Bäume umgehauen** hätten. -

Wenig verwundert, dass dieser zweite, dieser („grüne“) **Baumfrevel (bisher) ohne Folgen** blieb und weder vom Koalitionspartner SPD noch der SPD geführten Stadtverwaltung (SPD: „Rathaus = unser Haus“) mit irgendeiner Silbe kritisiert oder gar sanktioniert wurde.

Der durchschaubare Grund: Die Grünen werden als **Mehrheitsbeschaffer von der SPD gebraucht** und müssen **deshalb „geschont“ und vor Strafen geschützt** werden. [Rat 2. Juli 2016]

Doch den Bürger wundert 's, wenn so offensichtlich „mit ungleicher Elle gemessen“ wird. --

Und nun, vor wenigen Wochen, der jüngste **umweltpolitische Bocksprung der Grünen:**

Nachdem die Grünen der Tedox-Fassade im PlanungsA bereits zugestimmt hatten, kam im Rat vom 26.10.2016 die „Rolle rückwärts“: Die Grünen forderte allen Ernstes, der Tedox-Neubau sollte eine **Dachbegrünung** erhalten. (Keinem anderen Gebäude in Löhne wurde dies jemals zur Auflage gemacht - nicht mal der Fraktionsgeschäftsstelle der Grünen.)

Welch abenteuerliches **Signal an alle Gewerbebetriebe**, die mit dem Gedanken spielen, sich in Löhne niederzulassen oder hier neu zu bauen!

(Natürlich gehe ich davon aus, dass der **diesbezügliche „Prüfauftrag“** schlussendlich nicht mit einer „**Begrünung**“ sondern eher mit einer „**Beerdigung**“ enden wird – ähnlich wie die anderen grünen Nullnummern ... siehe Jugendcafe auf der Investorenwiese (Frau Glander-W.) oder die Sache mit dem „Arbeiter-Bus-Verkehr“ zwischen dem Bahnhof + Hermes, die ihr Ehemann D. Glander sich einfallen ließ. [PlanA 22.9.2016]

5 Bedrohung des erhofften Haushaltsausgleiches

- **Finanz- und Zinsentwicklung unklar** (Kreditkosten & geringere Sparkassenausschüttungen)
Einiges spricht dafür, dass die **Kreditzinsen sich wieder nach oben** entwickeln.
- Es ist völlig fraglich, wie sich in Zukunft die Konjunktur und damit auch der damit verbundene **Gewerbesteuerzufluss** entwickeln werden.
 - Es ist kaum auszudenken, wie viele **mittelständische Gewerbebetriebe man anstelle des Hermes-Konzerns auf den dortigen Flächen** hätte ansiedeln können.
 - Kaum auszudenken, **was dann an Gewerbesteuer in die städtischen Kassen geflossen** wäre. Bekanntlich fließt von Hermes kaum ein dünnes Gewerbesteuer-Rinnsal.
 - Kaum auszudenken welche Kosten Löhne dann erspart geblieben wären.
 - Kaum auszudenken, welche Qualität die benachbarten, zerfetzten Straßen jetzt noch hätten!
- **sechsstellige Kosten der defekten Rathausfassade** / juristische Konflikte / Gewährleistungsfragen

- **Personalkosten laufen aus dem Ruder:** im Vergleich zum 2016 Anstieg um 1,2 Mio. € auf 21,1 Mio. €
- Kosten der **Werre-Renaturierung**, in der Folge des Umbaus des Sielwehres
- Hermesfolgekosten: Straßenerstörungen / fehlende Gewerbe- und Ausgleichsflächen (Motto: „Betonieren in der Waldmangelwüste Löhne – Aufforsten dagegen in Enger)
- Verkehrskollaps in Mennighüffen + Gohfeld
- allgemeiner **Zerfall des städtischen Straßensystems** /
 - Hier ist in besonderer Weise Bürgermeister Poggemöller gefragt, der den jahrealten Problemstau (so seine Versprechung im Bürgermeisterwahlkampf) zur Chefsache machen wollte.
 - Seine vormalige eigene Einschätzung: „**Wenn man jetzt nichts tut, wird es später teurer.**“ [NW 29.1. '16]
 - Wir teilen diese Einschätzung. Doch ihr müssen konkrete Taten folgen.
 - Tatsächlich sind seit seiner Amtsübernahme die **Schlaglöcher in Löhne keineswegs weniger geworden – ganz im Gegenteil!**
 - Leider ist hier ein notwendiger **Kurswechsel nicht in der Realität angekommen.**
- Bau einer rd. 2 Mio. teuren **Asylanten-Großunterkunft** mit zusätzlichen Folgekosten + Unwägbarkeiten der bundesrep. Asylpolitik: Dt. Antrag bei der EU, die Grenzkontrollen nur bis zur Bundestagswahl weiter aufrecht zu erhalten – Was geschieht danach?
- Welche (weiteren) Aufblähung des städtischen Stellenplan (und neue Asylkosten, die nicht von Land oder Bund getragen werden) würden sich daraus ergeben?

Kriminalitätsinflation (auch im Zusammenhang mit der Asylpolitik und der Merkel'schen „Macht-hoch-die-Tür-Politik“)

Viel Leid wäre durch zeitnahe Rückführungen abgelehnter Asylanten in die Heimat zu vermeiden gewesen. > siehe Köln, siehe Berlin

(„Wir sollten ehrlich sein gegenüber den Flüchtlingen. Wer nicht bleiben kann, muss auch rasch in seine Heimat zurückkehren.“ stellvertr. SPD-Vorsitzende + Bundesbeauftragte f. Migration Aydan Özoguz [Städt- u. Gemeinderat 9/2015, 3])

- **Kosten- und Folgekosten für das Innenstadt-Entwicklungskonzept (ISEK) und Bahnhofsausbau-Phantasien**
 - **Kostenexplosion** kündigt sich schon jetzt an: reduzierter Förderungssatz – entgegen der ursprünglichen Versprechung= 70 % - und damit nur 10 % über dem Regelfördersatz –
 - **Millionenbelastung für städtischen Haushalt**, Millionen, die nicht da sind, werden wieder mal – siehe Aqua Magica - nachfolgenden Generationen aufgebürdet.
 - **Problemanalyse** der beauftragten Firma „Tischmann & Schrooten **sehr enttäuschend**,

brachte nicht „das Schwarze unterm Nagel“ = keinerlei neue Erkenntnisse / Probleme sein Jahrzehnten bekannt

- Anstelle konstruktiver, origineller Ideen: **nur Pseudo-Lösung = Ideenwettbewerb** als „des Knaben Wunderhorn“
- **Bahnhof** nach wie vor in privater Hand > Sozialpflichtigkeit des Eigentums / keine öffentliche Investitionen in privaten Besitz /
Bgm. Hamel: Bhf. = **Fass ohne Boden**, weil marode und gänzlich überdimensioniert: „*Kein Euro für dies marode Gebäude!*“)
- LBA will **kein zweites Millionen-Loch** wie die **Pleite-Gartenschau „Aqua Magica“**, wo wir noch in Jahrzehnten hineinbuttern müssen
- Auch hier: „**Gier (nach Landesfördermitteln) frisst Hirn!**“ heißt: Es **fehlen klare**, scharf umrissenen und auch erreichbare **Ziele**
- **mangelhafte Beteiligung der Bevölkerung am „Bürgerforum“** basiert u.a. auch auf dem Phänomen der Resignation: „Politiker machen ja doch, was sie wollen.“

Vor diesem Hintergrund kann ich auch nicht die hoffnungsvolle Perspektive von NW-Redakteur Dennis Bleck [NW 11.11.'16] teilen, der - hier mit Blick auf die us-amerikanischer Präsidenten-Wahl - formuliert: „Es gibt also noch Chancen, dass sich **alles zum Guten wendet, wenn ein Hauch von Löhne durch das Weiße Haus und die USA weht.**“

Mit Blick auf die obigen Problemlagen ist mir nicht erkennbar, wo „**der Geist von Löhne**“ IN DER STADT LÖHNE schon so viel (außergewöhnlich) Gutes bewirkt hat.

Dennoch ist die LBA bereit, ihren Beitrag zu leisten, dass Löhne wieder „auf den grünen Zweig kommt.“

Wir beantragen deshalb folgende konkrete Maßnahmen: